

Marion Panitzsch-Wiebe • Bjarne Becker • Timm Kunstreich (Hrsg.)

Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen



Verlag **Barbara Budrich**



Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen

Marion Panitzsch-Wiebe
Bjarne Becker
Timm Kunstreich (Hrsg.)

Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen

Verlag Barbara Budrich
Opladen • Berlin • Toronto 2014

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2014 Verlag Barbara Budrich, Opladen, Berlin & Toronto
www.budrich-verlag.de

ISBN 978-3-8474-0123-0 (Paperback)

eISBN 978-3-8474-0486-6 (eBook)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Karen Marx, Hamburg, www.marxgrafik.de

Lektorat: Ulrike Weingärtner, Gründau

Satz: R + S, Redaktion + Satz Beate Glaubitz, Leverkusen

Inhalt

Vorwort und Einführung	9
Auftakt	
<i>Fabian Kessl, Sabine Stövesand</i> Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen	13
<i>Michael Winkler</i> Soziale Arbeit – dringende Erinnerung an ihr emanzipatorisches Potential	30
<i>Mechthild Seithe</i> Repolitisierung und sozialpolitische Einmischung Sozialer Arbeit	39
Das Ökonomische vom Sozialen her denken	
Hinführung von Timm Kunstreich	51
<i>Olga Burkova</i> Inklusion – ein Auftrag der Sozialen Arbeit?	53
<i>Petra Stockmann</i> Menschenrechte und Soziale Arbeit – Soziale Arbeit als Menschenrechtsarbeit?	64
<i>Volker Brinkmann</i> Verteilungswirkungen der Ökonomie des Sozialen – Neue Arrangements von Finanzierung und Fachlichkeit in der Sozialwirtschaft durch wirkungsorientierte Vertragssteuerung	71
<i>Thomas Wagner</i> Das gesellschaftsanalytische Potenzial des „Bürgers“ – Soziale Arbeit im Spannungsverhältnis von Ver- und Entbürgerlichung	77
<i>Brigitta Michel-Schwartz</i> Interdependenzen in Abhängigkeiten und Funktionalisierungen: perspektivisch orientierte Beobachtungen zur Ent-Deckung von Strategien	87

<i>Roland Anhorn, Kerstin Rathgeb, Elke Schimpf, Johannes Steh</i> Zur Notwendigkeit einer kritischen Positionierung in den Forschungspraktiken und der Theoriebildung Sozialer Arbeit	96
<i>Jens Müller, Maria-Eleonora Karsten</i> Sorgearbeit in Kindertageseinrichtungen – auf der Suche nach neuen ökonomischen Bewertungsmaßstäben personenbezogener sozialer Dienstleistungsarbeit in der Perspektive auf die Fachkräfte, die Mädchen und Jungen und die Gesellschaft	108
<i>Peter-Georg Albrecht</i> Möglichkeiten und Grenzen seniorenfreundlicher Kommunalverwaltung	119
<i>Silvia Staub-Bernasconi</i> Fachpolitische Positionierung und Einmischung als Teil von Professionalität der Sozialen Arbeit, am Beispiel des ASD/KSD. Veranstaltung der Bundesarbeitsgemeinschaft Allgemeiner Sozialer Dienst/Kommunaler Sozialer Dienst (BAG ASD/KSD) in Kooperation mit der Fachhochschule Kiel	123
In gesellschaftlichen Konflikten Position beziehen Hinführung von Timm Kunstreich.....	141
<i>Harald Ansen</i> Armut, Sozialpolitik und Soziale Gerechtigkeit – Ausgewählte Implikationen für die Soziale Arbeit	143
<i>Ortrud Lessmann, Rebecca Gutwald, Bernhard Babic</i> Der Capability-Ansatz: Ein weiterer ökonomischer Ansatz auf dem Vormarsch?	160
<i>Udo Seelmeyer, Holger Ziegler</i> Prävention von ‚Hilfen zur Erziehung‘ oder ‚Hilfen zur Erziehung‘ als Prävention?	172
<i>Erich Hollenstein, Anja Reinecke-Terner</i> Landesarbeitsgemeinschaften als unterschätztes politisches Instrument und Professionalisierungsgagentur?	181
<i>Jaqueline Gebhardt, Martin Karolczak, Sinah Mielich, Florian Muhl</i> Law and order in der Jugendarbeit: Hamburger Handlungskonzept gegen Jugendgewalt	189
<i>Sigrid Ebel, Arnold Rekitke</i> Prekäre Beschäftigung bei sozialen Trägern in Hamburg	198

Arnold Rekitke, Berno Schuckart-Witsch

Arbeiten bei Kirche, Diakonie und Caritas – normale Arbeitgeber?
oder: Streikrecht ist Grundrecht – auch in der Kirche 204

**Soziale Rechte verteidigen, Ausgrenzungen kritisieren,
Gemeinsames stärken**

Hinführung von Timm Kunstreich 211

Ralph-Christian Amthor

SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen im Widerstand gegen die
NS-Verbrechen! Ein DZI-Erinnerungsprojekt 80 Jahre nach der
Machtergreifung 214

Michael Domes

Ethik als mitlaufendes Reflexiv oder Ich und der Andere –
Der Beitrag einer „radikalen“ Ethik in Anlehnung an E. Levinas
für die Konturierung und Stärkung der professionellen Identität Sozialer
Arbeit 222

Georg Singe

Zur ethischen und politischen Diskussion des Ausschlusses der
Gefangenen aus dem Rentenversicherungssystem 235

Iris Engelhardt

Kinderarmut und Kinderrechte – Impulse für ein kindergerechtes
Deutschland 242

Andreas Eylert-Schwarz

Politik für Kinder, mit Kindern, von Kindern – Partizipation als
Aufgabe der Sozialen Arbeit 255

Bernhard Babic

Zu Kompatibilität und potentielltem Mehrwert des Capability-Ansatzes
in der sozialen Arbeit 264

Joachim Weber

Handeln ohne Geländer. Hinweise für eine sozialpädagogische
Klugheit 268

Martin Apitzsch

Ausbau des Sozialraums vs. individueller Rechtsanspruch 287

Ulrike Hestermann, Andrea Pingel

Teilhabe ist möglich?! Kohärente Förderung am Übergang Schule –
Beruf 289

Günter Buck

Arbeit mit und für benachteiligte Jugendliche: Jugendsozialarbeit zwischen Fachlichkeit, Strukturen und Arbeitsbedingungen	300
---	-----

Gabriele Hoppe

Straßenkinder in Deutschland	310
------------------------------------	-----

Matthias Nauwerth

Soziale Diagnostik stärkt Herrschaftskritik und Partizipation! Einige gute Gründe für die Methodisierung des Fallverstehens in der Sozialen Arbeit	315
--	-----

Ausblick*Hans Thiersch*

Soziale Arbeit in den Herausforderungen des Neoliberalismus und der Entgrenzung von Lebensverhältnissen	323
Abschlussresolution	341
Autorenhinweise	343

Vorwort und Einführung

Durch die Beiträge in diesem Band sollen Einblicke in das Tagungsgeschehen des letzten Bundeskongresses Sozialer Arbeit ermöglicht werden. Der 8. Bundeskongress fand in der Zeit vom 13.-15.9.2012 unter dem Motto „Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen“ in Hamburg statt. Mit Kongresseröffnung konnte zugleich das 20-jährige Jubiläum seines Bestehens gefeiert werden. Die bisherigen Stationen des Bundeskongresses waren Lüneburg, Tübingen, Dresden, Mainz, Kassel, Münster und Dortmund. Für einen Kongress dieser Art ist eine derart lange Tradition beachtlich, da er getragen wird von unterschiedlichen und bundesweit agierenden Initiativgruppen und Akteuren und von sich in der Regel selbstmeldenden Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit, die unentgeltlich ihre Erfahrungen und ihr Wissen im Rahmen von Vorträgen, Diskussionsforen und Workshops zur Verfügung stellen. Zum Selbstverständnis aller Bundeskongresse gehörte stets die kritische Reflexion gesellschaftspolitischer und fachlich-professioneller Entwicklungen in ihrer Bedeutung für Theorie und Praxis Sozialer Arbeit. Letztlich fand sich auch immer eine gastgebende Hochschule als Veranstaltungsort.

In der Debatte um die inhaltliche Schwerpunktsetzung des 8. Bundeskongresses wurde im breit zusammengesetzten lokalen Vorbereitungskomitee schnell Einigkeit erzielt: Der Kongress müsse einen eindeutigen politischen Akzent haben, Soziale Arbeit im Geflecht regionaler, nationaler und europäischer Sozialpolitiken beleuchten und darauf abzielen, die Eigensinnigkeit und Eigenständigkeit des Sozialen wieder stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Insbesondere die fortschreitenden Ökonomisierungsprozesse und die damit verbundenen Verteilungsprobleme, die veränderten normativen Orientierungen mit ihrer einseitigen Ausrichtung auf die „Vernützlichungs“ des Menschen, aber auch der Bedarf an mehr Demokratie und Beteiligungsformen, erweiterten Mitsprache- und Rechtsansprüchen beförderten die vorbereiteten Überlegungen. Trotz der zügigen Konsensbildung erwies sich die konkrete Themenfindung als Herausforderung, da mit ihr der Anspruch verbunden war, einerseits nicht zu einengend sein zu wollen, andererseits nicht zu beliebig. Ferner galt es eine Thematik zu finden, die vor dem Hintergrund bestehender gesellschaftlicher Polaritäten, Spannungsverhältnisse und Interessenkonflikte, zu kontroversen Debatten ermuntert, zugleich aber auch zu

Verständigungsprozessen auffordert. Das gewählte Motto „Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen“ mit seinen drei inhaltlichen Strängen „Das Ökonomische vom Sozialen her denken“, „In gesellschaftlichen Konflikten Position beziehen“ und „Soziale Rechte verteidigen, Ausgrenzungen kritisieren, Gemeinsames stärken“ schien diesen Ansprüchen gerecht zu werden. Der vorliegende Tagungsband wird durch diese drei Stränge strukturiert und an jeweiliger Stelle wird durch einen kleinen Vorspann kurz in die Beiträge eingeführt.

Wie auch bei vorhergehenden Bundeskongressen bestimmte der Wunsch nach einer möglichst breiten Beteiligung der unterschiedlichen Akteure und Akteurinnen in den einzelnen Kongressveranstaltungen die Planungen der Vorbereitungsgremien. Eine Diskussion um geeignete Veranstaltungsformen und Arbeitsweisen entstand. Hilfreich und weiterführend waren in dieser Debatte die Bilder von der Arena – Kampf-, Streit- und Spielfeld in einem – und der Agora – ursprünglich die Volksversammlung auf dem Marktplatz. Während es bei ersterer eher um die Auseinandersetzung zwischen zwei Polen geht, sind bei letzterer mehrdimensionale Positionierungen und unterschiedliche Beteiligungsformen vorgesehen. Mit Blick auf erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten wurde das Bild von der Agora zur leitenden Idee vieler Veranstaltungen.

Nach den getroffenen inhaltlichen und methodischen Grundsatzentscheidungen erfolgten in den Vorbereitungsgremien umfängliche und vielschichtige konzeptionelle Debatten, die sich wie folgt in der Programmatik niederschlugen:

(1) Das Ökonomische vom Sozialen her denken

Der Prozess der Globalisierung der letzten Jahrzehnte hat zur Veränderung der nationalen Wirtschaftssysteme in ihrem Verhältnis zu anderen staatlichen Bereichen geführt. Die Konsequenzen der Ökonomisierung für den Wohlfahrtsstaat sind noch nicht überall klar absehbar, aber Soziale Arbeit hat sich insgesamt mit den Folgen des neoliberalen Wohlfahrtsstaatsabbaus auseinanderzusetzen. Zentral geht es dabei um die marktförmige „Vernützlichmachung“ des Menschen. Seine Unterstützung, Versorgung und Förderung orientiert sich an Verwertbarkeitskalkülen, die die Umrisse einer Neo-Sozialhygiene erkennen lassen, deren Ziel die umfassende Förderung von Konkurrenz auf allen Gebieten ist. Nicht nur die unterschiedlichen Zielgruppen einer taylorisierten Sozialen Arbeit stehen in Konkurrenz, sondern auch deren Träger und Institutionen mit dem ständigen Rechtfertigungszwang nach der effektivsten und effizientesten Arbeit. Es formiert sich allerdings auch Widerstand gegen die Mainstreampolitik – Stichworte dazu sind *Economie social* oder *Solidarische Ökonomie*. Grundlegend stellt sich hier die Frage nach dem „Common Goods“ – den gemeinsamen oder öffentlichen Gütern.

(2) In gesellschaftlichen Konflikten Position beziehen

Im Zusammenhang mit der neoliberalen „Vernützlichung“ aller gesellschaftlichen Bereiche verändert sich auch das Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Kultur sowie die darin enthaltenen bzw. damit verbundenen Konflikte. Welche gesellschaftlichen Konflikte sich mit welchen sozialen Auseinandersetzungen und Bewegungen verbinden, hängt davon ab, welches Thema wie und von wem in eine medialen Öffentlichkeit gelangt, die selbst Akteur mit eigenen Interessen in diesem Feld ist. Der Skandal allerdings, dass Hartz IV-Empfängern alle Genussmittel entzogen werden sollen (die 28 Euro für Rauchen und alkoholische Getränke wurden ersatzlos gestrichen), ist offensichtlich keiner, da keine tonangebende Öffentlichkeit protestiert. Im Gegenteil, das „Verbot“ von Rauchen und „Saufen“ passt ins bürgerliche Weltbild, das nicht nur in diesem Feld wieder maßgeblich geworden ist (vergleiche die Unterschichtsdebatte in den Leitmedien). Dass im Alltag armer Menschen die Nutzung von „Tafeln“ und Sozialläden zu einem Massenphänomen geworden ist, wird eher als Ausweis einer positiv konnotierten Entwicklung zur „Bürgergesellschaft“ thematisiert, da hier viele ehrenamtliche Kräfte benötigt werden. Unterschlagen wird dabei, dass es hier um den Ersatz von Rechtsansprüchen durch Almosen geht – die Hartz IV-Sätze reichen hinten und vorne nicht. Vergleichbare Tendenzen der Inklusion und Exklusion lassen sich in allen Feldern Sozialer Arbeit finden. Wir erleben also eine Wende von der „Arbeiterpolitik“ zurück zur „Armenpolitik“.

(3) Soziale Rechte verteidigen, Ausgrenzungen kritisieren, Gemeinsames stärken

Die gegenwärtige „Verbetriebswissenschaftlichung“ Sozialer Arbeit führt zur Infragestellung bewährter Denk-, Handlungs- und Problematisierungslogiken. Auch von ihrer Entstehung her kritische Arbeitsprinzipien und -ansätze wie Aktivierung, Empowerment und Prävention werden vor der Folie „ökonomischer Notwendigkeiten“ im neoliberalen Wohlfahrtsstaat umgedeutet und führen vielfach zur Dequalifizierung und zum Zurückdrängen notwendiger professioneller Unterstützungsangebote. Während sich die Profession mit den Folgen der tiefgreifenden Spaltungs- und Differenzierungsprozesse, der weiteren Versäulung statt Entsäulung und neuen Konzepten der Sozialbürokratie kritisch auseinander zu setzen hat, ist es Aufgabe der Disziplin ein ethisch und theoriegestütztes Fundament für ein gemeinsames Berufsverständnis zu diskutieren. Aktuelle problematische Entwicklungen wie die Versagung von Versorgungs- und Rechtsansprüchen, dem erhöhten Legitimations- und Konkurrenzdruck der Einrichtungen und Träger, dem Zurückdrängen niedrigschwelliger Angebote, dem Absenken von sozialarbeiterischen

Standards und ökonomischer Vereinnahmung klassischer Hilfeansätze ist zunächst durch eine innere Fachdebatte Einhalt zu gebieten. Von besonderem Interesse auf diesem Kongress werden die Schnittstellen zwischen Profession und Disziplin sein. Beispielsweise die Fragen des Mandats der Sozialen Arbeit, insbesondere dem politischen inklusive konkreter Handlungsmöglichkeiten, die Analyse der Produktion des Sozialen, wie z.B. die Bedeutung von Zwang und Kontrolle in einer zunehmend punitiven Entwicklung sowie die aktuelle Wirksamkeitsdebatte, die z.B. in der Auseinandersetzung um Evidence Based Practices deutlich wird.

Wie bei derart großen Veranstaltungen üblich, entwickelte der Bundeskongress trotz der relativ dezidierten Programmatik schon im Vorwege seiner Durchführung eine starke Eigendynamik, was im Sinne eines lebhaften und intensiven Austausches durchaus begrüßenswert ist. Dieser Tatbestand, aber auch schon allein die Fülle der zum Teil ganz unterschiedlichen thematischen Angebote und Veranstaltungsformen spiegelt sich in den Beiträgen dieser Kongress-Dokumentation. Deutlich wird nicht nur ein komplexes Kongress-geschehen, sondern auch die Komplexität der Sozialen Arbeit.

Abschließend sei allen, die an der Realisierung des 8. Bundeskongresses mitgewirkt haben, gedankt. Dieser Dank geht an das lokale Vorbereitungs-komitee, den Bundesinitiativkreis, an die beteiligten Initiativen, Arbeitsgruppen, Bündnisse, Organisationen, Interessensvertretungen, Verbände und Hochschulen – einen besonderen Dank gilt der Hochschule für Angewandte Wissenschaften als gastgebende Hochschule. Gedankt sei auch den Sponso-ren für ihre materielle Unterstützung. Besonders zu bedenken sind die Referentinnen und Referenten, die Mitstreiterinnen und Mitstreitern und Mitdiskutierenden. Ein herzliches Dankeschön ist den an insgesamt 1400 Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 8. Bundeskongresses Sozialer Arbeit auszusprechen.

Bjarne Becker
Timm Kunstreich
Marion Panitzsch-Wiebe

Auftakt

Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen

Fabian Kessl, Sabine Stövesand

1. Einleitung: Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen

„Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen“, so lautet der Titel des 8. Bundeskongresses Soziale Arbeit. Auf den ersten Blick nimmt dieser Titel also eine häufig markierte Unterscheidung vor: Die Differenzierung von Sozialer Arbeit und Sozialpolitik. Bereits auf den zweiten Blick fällt dann aber auf, dass eine solche Lesart des Titels ungenau wäre, schließlich ist hier nicht von „Sozialer Arbeit“, sondern von „*Politik* der Sozialen Arbeit“ die Rede – und ebenso nicht von „Sozialpolitik“, sondern von einer „Politik *des* Sozialen“. In den deutschsprachigen Fachdebatten zur Sozialen Arbeit sind beide Formulierungen nicht sehr weit verbreitet. Insofern erscheinen sie uns erklärungsbedürftig.

Was meint also „Politik der Sozialen Arbeit“ und „Politik des Sozialen“? Und auf welchen Verweisungszusammenhang wird mit der Verbindung beider Aspekte außerdem aufmerksam gemacht?

In unserem Vortrag werden wir dieser Frage nachgehen und vor allem am ersten der drei für den 8. Bundeskongresses ausgewiesenen thematischen Schwerpunkte verdeutlichen, was es heißt, mit der Perspektive einer „Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen“ auf diese Prozesse zu schauen.

Die drei Themenstränge des Bundeskongresses, (1.) „Das Ökonomische vom Sozialen her denken“, (2.) „In gesellschaftlichen Konflikten Position beziehen“ und (3.) „Soziale Rechte verteidigen, Ausgrenzungen kritisieren“ können sowohl als Problematisierung gesellschaftlicher Entwicklungen als auch als Aufforderung zur politischen Positionierung gelesen werden, als Verweis auf Verwirklichungslücken und als Zielbestimmung für Soziale Arbeit.

Zu klären, was mit diesen drei Themensträngen genau gemeint sein kann ist sicherlich eine Hauptaufgabe der kommenden Kongresstage; zu klären, inwieweit und von wem derartige Problemanzeigen geteilt bzw. damit verbundene Ziele unterstützt werden, und vom wem eben auch nicht – darin besteht eine der weiteren Möglichkeiten, so glauben wir, die dieser 8. Bundeskongress anbietet. Denn erst auf der Basis einer genauen, kritischen Analyse des gesellschaftlichen Raums, in dem Soziale Arbeit agiert, und einer genauen Analyse ihres eigenen Tuns und einer nachvollziehbaren und erkennbaren Positionierung ist eine Politik Sozialer Arbeit und eine Politik des Sozialen realisierbar.

Diejenigen, die zum Bundeskongress gekommen sind, eint zumindest – so könnte man annehmen – dass die genannten drei Themen sie beschäftigen, sie ansprechen. Aber selbst wenn diese Annahme stimmt, und „wir“ uns sogar darauf einigen könnten, dass soziale Rechte zu verteidigen sind, und soziale Ausschlussprozess zu kritisieren, dann muss zugleich klar sein, dass „wir“ damit nicht für *die* Soziale Arbeit sprechen – und das auch nicht können.

Damit ist bereits auf einen zentralen Punkt verwiesen:

Wenn wir über Soziale Arbeit reden, ist zunächst in unterschiedliche Akteursebenen mit jeweils sehr unterschiedliche Interessen und spezifischen Anliegen zu differenzieren – Interessen, die auf jeder der Ebenen wiederum alles andere als einheitlich sind:

- die Ebene der Lehre und Forschung an den Hochschulen,
- die Ebene der Handlungspraxis in Einrichtungen, Trägern und Behörden
- die Ebene der Fachpolitik und der zuständigen Fachverwaltungen und nicht zuletzt
- die Ebene der Adressat_innen und Nutzer_innen.

Diese, hier von uns nur idealtypisch differenzierten Akteursebenen, verweisen auch auf eigene Logiken, Sprachen und Traditionen, die die Durchsetzung der eigenen gegenüber anderen Interessen manches Mal erschweren oder leichter möglich machen. Das zeigt sich in so unterschiedlichen Fällen, wie der Beteiligung von Jugendlichen im Hilfeplangespräch – also einer prioritären Beachtung der Interessen von Kindern und Jugendlichen. De facto sind Hilfeplangespräche, das wissen wir aus Forschung wie fachlicher Erfahrung, aber von der Sprache und den Deutungsmustern der Fachkräfte und von der administrativen Logik prioritär bestimmt – institutionell-fachlichen Interessen also.

Und die Interessen der beteiligten AkteurInnen sind nicht nur unterschiedlich, sie führen an manchen Stellen zu massiven Konkurrenzen. So sind die unterschiedlichen Hochschulen zum Beispiel in der Konkurrenz um Studierende, aber auch um ihren institutionellen Status, um Drittmittel, Projektmittel, Fördermittel und nicht zuletzt um Anerkennung. Die Anerkennungsfrage zeigt sich aktuell wieder bei den Debatten um Durchlässigkeit: Alle Hoch-

schulen fordern eine Öffnung nach oben, aber schließen sich nach unten eher ab. Aber auch auf anderen Ebenen finden wir Konkurrenzen: Ganz deutlich auf der Ebene der Träger, die um Budgets und Ausschreibungen kämpfen. Aber auch auf der Ebene von Adressat_innen und Nutzer_innen zeigen sich Konkurrenzen – auch wenn da viel zu selten hingeschaut wird: Nutzer_innen und Adressat_innen kämpfen in den vergangenen Jahren zunehmend darum, wer in der Schuldnerberatung oder im niedrigschwelligen Beratungsangebot als „würdiger Arme“ anerkannt wird oder wer in der Arbeitsmarktpolitik noch als „vermittelbare Kundin“ kategorisierbar ist – wer also einer Zielgruppe angehört bzw. zugerechnet wird, für die sich die öffentliche Investition lohnt. Demgegenüber finden sich zunehmend die anderen Adressat_innen und Nutzer_innen, denen mit Ausschließung und Zwang begegnet wird, denen Unterstützungen nur bei Vorarbeit und unter Sanktionsdrohung zugänglich gemacht wird, weil sie als „unwürdige Arme“ oder als „schwer vermittelbar“ markiert werden. Eine in den letzten Jahren massiv angewachsene Gruppe von Menschen kann ihre Existenzsicherung sogar nur noch außerhalb von öffentlich verfassten Sicherungs- und Dienstleistungsstrukturen realisieren – das Bild der Nutzer_innen, die in Warteschlangen vor kommunalen Tafeln und Suppenküchen auf ein Almosen warten, gehört inzwischen zum Alltag bundesdeutscher Städte.

Doch angenommen, hier auf diesem Kongress wären deutliche inhaltliche Übereinstimmungen in Bezug auf die Problematisierung solcher Entwicklungen und die Forderung nach alternativen Lösungen zu finden, weil sich eine bestimmte Gruppe von AkteurInnen vom Kongresssthema hat anregen lassen, und nach Hamburg gekommen ist. Hätte dies dann eine substanzielle Bedeutung in Hinblick auf die Verwirklichung der in den Themenschwerpunkten des Kongresses genannten Ziele, also zum Beispiel der Durchsetzung sozialer Rechte?

Voraussetzung dafür wäre unseres Erachtens, dass etwas gemeinsam gewusst und etwas gemeinsam gewollt würde. Und eine solche Suche nach Gemeinsamkeit, nach strategischen Bündnissen, setzt aber auch die Einsicht voraus, dass wir in der Sozialen Arbeit häufig zu wenig wissen bzw. das wir vieles, was wir wissen können, gar nicht wahrnehmen. So herrscht noch immer eine eigenartige Forschungsabstinenz in vielen Fortbildungsveranstaltungen und Prozessen der Konzeptionsentwicklung. Obwohl wir systematische Erkenntnisse zur Frage der Beteiligung von Adressat_innen, zu Organisationsentwicklungsprozessen, zu Kooperationsbedingungen und vielem anderen mehr haben, wird dieses Wissen immer wieder schlicht nicht wahrgenommen oder sogar als irrelevant zurückgewiesen. Immer noch wird so manche Konzeption propagiert, von Instituten an Kommunen und Träger verkauft, obwohl Forschungsergebnisse deren Grundannahmen konträr entgegenstehen. Zu wissen, wann was nötig ist, an welcher Stelle, welches Wissen wie zum Einsatz kommen soll, ist aber unerlässlich, nicht nur für ein professionelles Handeln, sondern eben auch für professionspolitische Interventionen.

Zugleich ist aber das systematische Wissen nicht die einzige Quelle politischer Bündnisse. Dazu braucht es auch des gemeinsamen Wollens, zumindest an bestimmten Punkten zusammen zu arbeiten, strategische Bündnisse zu bilden – auch wenn die Beteiligten sich an anderen Stellen, in anderen Punkten – wieder uneinig sind.

Wir erhoffen uns daher vom 8. Bundeskongress scharfe und kritische Analysen und klare Diskussionen um die Sache, wir erhoffen uns aber auch Verständigung untereinander. Im Sinne einer Politik Sozialer Arbeit ist es notwendig, auch konkrete Vorstellungen über Vorgehensweisen an einzelnen Punkten, zu bestimmten Aspekten zu entwickeln.

Denn erst dann können Positionen bezogen werden, Rechte verteidigt, Ausschließungen hoffentlich verhindert werden, und vor allem in der alltäglichen Arbeit wahrgenommen werden. Dieser 8. Bundeskongress hier in Hamburg kann ein Ort sein, so unsere Hoffnung, in diesem Sinne Spuren zu legen.

Denn „Politik“ meint den Ort und die Zeit der Auseinandersetzung um die vorhandenen Interessen. Doch dazu braucht es Bündnisse, mit denen Interessen, die gerade im Schatten sind, nicht öffentliche wahrgenommen werden oder nicht wahrgenommen werden sollen, unberücksichtigt bleiben, besser durchgesetzt werden können.

Damit sind nun eine ganze Reihe von Fragen aufgeworfen, die uns in den nächsten zweieinhalb Tagen beschäftigen könnten – und wir denken: beschäftigen sollten.

2. Wissenspolitik: Welches Wissens wird gewusst und welches nicht?

Welche Art des Wissens wird an welcher Stelle aktuell in den Feldern Sozialer Arbeit gebraucht? Welches Wissen ist aber auch verschattet – wird nicht wahrgenommen, oder um den Deckel gehalten? Auch: Welches bereits einmal vorhandene Wissen ist eventuell wieder verloren gegangen? Welche Diskurse sind also warum dominant auf Kosten welchen anderen Wissens? Und: Wem ist welches Wissen zugänglich?

Wenn wir diesen Fragen nachgehen, werden wir teilweise Überraschendes erleben: Nämlich, dass es in der Sozialen Arbeit so manches Mal gar nicht die Forscher_innen sind, die bestimmen, was gewusst werden darf, sondern Fachpolitiker_innen oder Organisationsberater_innen; dass Fachkräfte manches Mal viel differenzierter argumentieren, als dies von Beratungsinstitutionen unterstellt wird; dass längst ein Markt entstanden ist, auf dem Wissen verkauft wird: Konzeptionen zum Beispiel von Instituten an Stadtverwaltungen, an Träger oder an Einrichtungen – Konzeptionen, die weder auf dem vorhandenen wissenschaftlichen Wissen noch auf dem Erfahrungswissen der Fachkräfte beruhen.

Es stellen sich aber auch Fragen wie diejenige, was Motivation im Handeln erzeugt?

Neben der materiellen und ideellen Anerkennung – für Fachkräfte in den Einrichtungen wie für Lehrende an den Hochschulen heißt das erst einmal: Gute Arbeitsbedingungen, von denen ja zunehmend weniger die Rede sein kann – braucht es in der Sozialen Arbeit auch Vorstellungen eines guten Lebens. Das heißt Vorstellungen über „Gesellschaft“. Ob dazu eine gerechte Gesellschaft systematisch bestimmt werden muss, oder die Wahrnehmung von Ausschließungen als Ansatzpunkt für die Suche nach Alternativen genutzt werden sollte, ist eine offene Frage. Klar ist aber, so scheint es uns, dass hoch selektive Bildungssysteme, ein zunehmend ungleich verteilter Besitz, eine teilweise massiv entfremdete Arbeit, eine durchrationalisierte Freizeit ebenso wie der Alltag institutioneller wie struktureller Diskriminierungen und ein selbstreferentielles politisches System, das sich der zeitlich aufwändigen Arbeit demokratischer Mitbestimmung an vielen Stellen nicht stellt, die Bedingungen für viele Nutzer_innen und Adressat_innen Sozialer Arbeit eher verschlechtert als verbessert.

Es braucht auch konkreter Utopien, es braucht also Vorstellungen von Veränderungen, die nicht im Klein-Klein der Organisationsreform stecken bleiben, auch wenn die Arbeit oft dort anfangen muss. Nochmals: Ob das heißt, dass damit gleich eine neue „große Erzählung“ erfunden werden muss, bleibt zu diskutieren. Zumindest war die generelle Verabschiedung jeder Idee von „großen Erzählungen“ an einigen Punkten vielleicht etwas vorschnell. Klar scheint uns auf alle Fälle, dass die Energie der Utopie nötig ist – die Energie und Kraft, um mehr zu wollen, als nur das hin zu nehmen, was bekannt ist, sich nicht mit dem zufrieden zu geben, was vorhanden ist.

Nicht zuletzt ist damit auch die Frage aufgeworfen, welche Methoden geeignet sind, vielleicht geeigneter als andere, um Ausschließungen zu verhindern?

Der Kongress kann in diesem Sinne eine wertvolle Möglichkeit anbieten, auf die „Anstrengung, dumm zu bleiben“ (Odo Marquard), zu verzichten und stattdessen gemeinsam, oder besser: kollektiv schlauer zu werden, Inhalte, Konzepte, Erfahrungen auszutauschen und kritisch zu prüfen. Der Bundeskongress kann außerdem die Möglichkeit bieten, Brücken zu schlagen.

Messen wir den Bundeskongress 2012 an seinem selbst gesteckten Ziel, dann müssen wir am Ende überprüfen, ob es gelungen ist, dass „gleichberechtigt Fachkräfte aus allen Arbeitsfeldern, WissenschaftlerInnen, AdressatInnen und NutzerInnen sowie Träger und Organisationen bzw. zuständige politische Akteure zu Worte kommen. (Und dass) Themenstellungen und Kommunikationsformen so gestaltet werden, dass alle ihre Stimme erheben können“, wie es im Einladungstext heißt. Das kann nun vor dem Hintergrund unserer Überlegungen zur Politik Sozialer Arbeit gerade nicht bedeuten, dass sich alle anstandslos miteinander verstehen, es geht nicht um Harmonie. Ganz im Gegenteil: Es muss um so etwas, wie einen „solidarischen Streit“ gehen. So verstehen wir auch die Idee, den Kongress im Sinne einer Agora zu beschreiben, einer Versammlung also, aber eben auch den Charakter des

Bundeskongress als Arena zu betonen – also eines Kampfplatzes. Aber nicht im Sinne von Schaukämpfen, wie in der römischen Arena – eine solche Kultur der Schaukämpfe sind ja in der Wissenschaftslandschaft ebenso verbreitet wie im Geschäft der Selbstpräsentation von Einrichtungen im Konkurrenzkampf um Aufträge. Den Bundeskongress als Arena zu begreifen sollte für streitbare Auseinandersetzungen stehen, bei denen es um etwas anderes geht als Siegerin nach Punkten oder Sieger der Herzen zu werden. Und damit könnte zum Beispiel eine größere Klarheit, Stimmigkeit in der Analyse und in Bezug auf mögliche fachliche Interventionsformen gemeint sein. Damit wäre schon viel gewonnen.

Dem Anliegen der Auseinandersetzung einerseits und des Brückenschlagens andererseits ist es auch geschuldet, dass die beiden Vortragenden hier gemeinsam sprechen. Wir bilden natürlich nicht das Spektrum Sozialer Arbeit ab, aber symbolisieren doch eine gewisse Vielfalt: unterschiedliche akademische Interessen, unterschiedliche fach-konzeptionelle Bezüge, differente akademische Karrieren, unterschiedliche Hochschulen: Fachhochschule und Universität, und nicht zuletzt Repräsentant innen der beiden akademischen Fachgesellschaften: der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit und der Kommission Sozialpädagogik in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft.

3. „Politik der Sozialen Arbeit“

Wenn wir nun darauf fokussieren, was unter „Politik Sozialer Arbeit“ verstanden werden kann, dann geht es u.E. um die Einsicht, dass wir es im Alltag – in den Einrichtungen und Trägern, in den Hochschulen und in der Arbeit mit Adressat_innen und Nutzer_innen – immer mit konfliktförmigen Feldern zu tun haben, das heißt sozialen Zusammenhängen, die von unterschiedlichen und widerstreitenden Interessen geprägt sind. Zu verstehen, wie diese Interessenkonflikte verlaufen, und dann mit ihnen umzugehen, sie offenzulegen, um dann auch Koalitionen und Bündnisse bilden zu können – wie es in den vergangenen Jahren lokale und regionale Initiativen gezeigt haben, zum Beispiel gegen die Kürzungen im sozialen und Bildungsbereich in vielen Städten, gegen die Wiedereinführung der geschlossen Unterbringung hier in Hamburg oder gegen die Kommerzialisierungs- und Privatisierungsstrategien Sozialer Arbeit beispielsweise in Wien – das ist, was Politik Sozialer Arbeit meinen kann.

All diese Interessenskonflikte sind Gegenstand einer Politik Sozialer Arbeit, denn Politik ist der Ort, das Tun, bei dem der Dissens seinen Platz und seine Zeit findet, bei dem die bestehende Ordnung in Frage gestellt wird, ja unterbrochen wird.

Wenn unser Blick deutlicher auf diese Aspekte gerichtet werden soll, was heißt es dann, wenn, so eine immer wieder formulierte Forderung, Soziale

Arbeit sich „re-politisieren“ oder sich ihres „politischen Mandats“ versichern soll?

So verständlich eine Intention solcher Forderungen im Sinne der erkennbaren fachpolitischen Positionierung Sozialer Arbeit ist, so sind derartige Forderungen auch nicht unproblematisch. Impliziert eine Forderung nach einer „Re-Politisierung“ Sozialer Arbeit nicht auch, dass sie sei schon einmal politisch gewesen, aber jetzt es inzwischen nicht mehr sei? Übersieht die Forderung nach einem politischen Mandat nicht allzu leicht, dass Soziale Arbeit aufgrund ihres öffentlichen Auftrags zur Integration an sich schon ein politisches Geschäft markiert?

Wenn zum Beispiel mit Klüsche et al. (1999: 23) die „Bearbeitung von gesellschaftlich und professionell als relevant angesehener Problemlagen“ als ein zentraler Fokus Sozialer Arbeit definiert wird, sind wir bereits mitten im Politischen, denn die Bestimmung gesellschaftlicher und professioneller Relevanz von Problemlagen sind immer das „Resultat langfristiger Prozesse gesellschaftlicher Auseinandersetzungen“ (ebd: 49). Soziale Arbeit vollzieht sich in einem Feld, welches von Machtbeziehungen, Herrschaftszuständen und Regierungslogiken durchzogen ist. Das zeigt sich, wenn man sich die einfache Frage stellt, welche Unterstützungs- und Hilfeleistungen, welche Erziehungs- und Bildungsangebote gegenwärtig für wen als berechtigt und notwendig und welche als nur „freiwillige Leistungen“ angesehen werden. Anders gefragt: Wofür wird aktuell Geldbereit gestellt, wofür nicht? Wofür kann ich mir als Fachkraft Zeit nehmen, wofür bekomme ich als Forscherin Geld, wofür finde ich als Adressatin ein passende Beratungsangebot – und wofür nicht?

Politik Sozialer Arbeit meint also auch, dass Akteur_innen in der Sozialen Arbeit gefordert sind, allgemein-gesellschaftliche wie fachlich-professionelle Relevanzbestimmungen auf ihre Logiken und Effekte hin zu befragen sowie die Veränderungen von Relevanzbestimmungen kritisch zu reflektieren: Gestern war die Jugend im Fokus, heute sind es fast nur noch die Kinder, gestern war die Kritik an der behördlichen Jugendhilfe auf der Agenda, heute wird die hoheitliche Aufgabe gerade mit Verweis auf den Kinderschutz neu betont. Und eine solche kontinuierliche Kontextualisierung erfordert dann in zweiten Schritt, sich innerhalb des Feldes dieser Bestimmungen immer wieder erkennbar und nachvollziehbar zu positionieren. In der wissenschaftlichen Fachdebatte, den kommunalpolitischen Auseinandersetzungen – sei dies als Mitglied einer Nutzerinitiative, eines Berufsverbandes oder der Gewerkschaft oder einer Studierenden-Initiative.

Soziale Arbeit ist also „immer“, konstitutiv politisch. Sie ist hinsichtlich ihres Gegenstands, ihrer Aufträge und der Formen der Intervention (*Hilfe/Selbstbestimmung – Kontrolle/Anpassung, policy/Inhalt*) sowie ihrer Rahmenbedingungen (*Gesetze, Institutionen, Finanzierung, polity/Form*) politisch bestimmt. Und die Verdeckung dieses Zusammenhanges ist selbst – genauso wie die Behauptung einer reinen professionellen Sachlichkeit und

Neutralität – oder einer reinen wissenschaftlichen Wahrheit, die im Kontext des Kampfes um die Respektabilität seitens der Sozialen Arbeit häufig nach vorne gestellt werden, Teil eines Spiels der Macht und damit politisch.

4. „Politik der Sozialen Arbeit – Politik des Sozialen“ –

Der zweite Teil des Bundeskongress-Titels, die Rede von der „Politik des Sozialen“, verweist auf einen zweiten entscheidenden Aspekt dessen, was „Politik“ in diesem Kontext meint. Ganz simpel: Wenn wir um eine Politik Sozialer Arbeit ringen, dann geht es um was. Eine politische Position zu beziehen, definiert sich gerade nicht über die Form des Tuns, sondern über deren Inhalt. Und dafür kann uns die Figur einer „Politik des Sozialen“ sensibilisieren – denn sie ruft eine Debatte auf über Alternativen zur wohlfahrtsstaatlichen Politik auf. *Politik* des Sozialen meint also Positionen, die eine andere Politik als die etablierte wohlfahrtsstaatliche anstreben und fordern. Was ist damit gemeint?

Fasst man das weithin verbreitete Verständnis von wohlfahrtsstaatlicher Politik knapp zusammen, so lässt sich wohlfahrtsstaatliche Politik als das Muster beschreiben, das in den Politikfeldern der Sozial-, aber natürlich auch der Gesundheits-, Bildungs- und Erziehungspolitik seit dem 19. Jahrhundert etabliert wurde. Seither wurde dieses Modell einer öffentlichen Lebenslagen-sicherung, einer staatliche garantierten Existenzsicherung und der Gewährleistung öffentlichen Bildungs- und Sozialisationsinstanzen aufgebaut.

Diese wohlfahrtsstaatliche Politik hat im bundesdeutschen Kontext – ebenso wie in vielen anderen mittel- und nordeuropäischen Staaten – in der Nachkriegssituation ihren Höhepunkt erfahren. Neben den etablierten Sozialversicherungsleistungen, wurden für die, als Staatsangehörige anerkannten, erwachsenen Personen eine öffentliche Grundsicherung eingeführt (BSHG) und die öffentlichen Sozialisationsleistungen im Bildungs- und Sozialsystem ausgebaut. Stichworte wie die der Bildungsreform verweisen darauf, die Steigerung der Sozialleistungsquote von Anfang der 1960er bis Mitte der 1970er Jahre um etwa 10%¹, aber auch die Etablierung der akademischen Ausbildung von Fachkräften in der Sozialen Arbeit – also die Einrichtung der Diplomstudiengänge Sozialpädagogik, Sozialarbeit, Sozialwesen und Diplom-Pädagogik an Fachhochschulen und Universitäten sind Ausdruck dieser wohlfahrtsstaatlichen Hochphase.

Die wohlfahrtsstaatliche Sicherungs-, Versorgungs- und Dienstleistungsstruktur, wie sie in den Nachkriegsjahrzehnten ihren bisherigen Höhepunkt erfahren hat, verliert seither massiv an Legitimation. Begründet werden die entsprechenden wohlfahrtsstaatkritischen Anfragen und die damit verbunde-

1 Von etwas über 20% auf etwa über 30% (Quelle: Sozialbudget 2006, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin 2007).

nen grundlegenden Strukturveränderungen durch den Verweis auf (1.) zentrale Gerechtigkeitsdefizite, ein (2.) deutliches Leistungsveragen und (3.) nicht zuletzt die Finanzierungsprobleme (vgl. Lessenich/Möhring-Hesse 2005, S. 99ff.).

Das Ergebnis dieser wohlfahrtsstaatskritischen Debatten haben wir inzwischen überdeutlich vor uns: ein am Anfang des 2. Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts deutlich kommerzialisiertes, teilweise privatisiertes Sozialwesen und ebensolches Sozialversicherungssystem – geprägt von aktivierungspolitischen und aktivierungspädagogischen Maximen.

Berthold Vogel (2004) vom hiesigen, dem Hamburger Institut für Sozialforschung, spricht daher vom „Nachmittag des Wohlfahrtsstaats“, in dem wir inzwischen angekommen sind.

Zugleich wäre es allerdings vorschnell, bereits vom Ende der wohlfahrtsstaatlichen Epoche zu sprechen. Denn gerade der Blick in die Felder Sozialer Arbeit zeigt doch, dass die konkreten Entwicklungen seit den 1970er Jahren uneinheitlich und widersprüchlich sind. So haben die sozialen Dienstleistungsberufe im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen gerade in den Jahren dieser wohlfahrtsstaatlichen Transformation bis Ende des 20. Jahrhunderts den größten Ausbau in ihrer bisherigen Geschichte erfahren – zumindest in absoluten Beschäftigtenzahlen gerechnet.

Doch zurück zur Rede von einer „Politik des Sozialen“, wie sie der Titel des Bundeskongresses vorsieht: Diese Rede verweist darauf, dass sich in die Debatte um eine veränderte Wohlfahrtsstaatlichkeit schon früh Stimmen einzumischen versucht haben, die andere Wege gehen wollten, als diejenigen, die sich dann durchgesetzt haben. Stimmen zum Beispiel aus den Gewerkschaften, aus sozialen Bewegungen, aber auch aus kritischen Bündnissen in der Sozialen Arbeit. Auch sie formulierten zentrale Kritikpunkte am bisherigen wohlfahrtsstaatlichen Modell, aber eben nicht um einen privatisierten, kommerzialisierten und aktivierenden Wohlfahrtsstaat zu befördern, sondern um nach anderen Formen der kollektiven Solidarität zu suchen. Statt die bestehende wohlfahrtsstaatliche Politik nur zu verteidigen oder nur zu kritisieren, suchten sie zum Beispiel unter dem Titel einer „Politik des Sozialen“ Alternativen zu formulieren, mit der die *Idee* einer kollektiven Sicherungs- und Dienstleistungsstruktur prinzipiell verteidigt wurden, aber deren konkrete *Ausgestaltung* radikal kritisiert und nach anderen Modellen Ausschau gehalten wurde. Diese – durchaus unterschiedlichen Positionen – weisen auf ein Gemeinsames hin: Die veränderte Gestalt der Sozialen Arbeit wie der transformierten wohlfahrtsstaatlichen Politik insgesamt markiert kein Ende der Geschichte, keine alternativlose Gegebenheit. Vielmehr ist sie das Ergebnis politischer Auseinandersetzungen – und das heißt, sie ist auch wieder veränderbar, in eine andere Richtung entwickelbar.

Dies möchten wir am ersten Themenstrang dieses Bundeskongresses etwas genauer erläutern.

5. Das Ökonomische vom Sozialen her denken

Wir gehen davon aus, dass es dringend weiterer und grundlegender Alternativen zu den hegemonial gewordenen Denk- und Deutungsmustern braucht. Zu dem heute vorherrschenden Denken und den vorherrschenden Strukturen also, die nicht nur die Soziale Arbeit, das Bildungs- und das Gesundheitssystem insgesamt unter den Primat von Kommerzialisierung und markt-ökonomischem Effizienzdenken stellen, sondern dies auch in Bezug auf das Freizeit- und zivilgesellschaftliche Tun aller Bevölkerungsmitglieder durchzusetzen versuchen.

Die entsprechenden Entwicklungen in den Feldern Sozialer Arbeit wie an den Hochschulen sind bekannt: Aus Angeboten wurden seit den 1990er Jahren „Produkte“, aus dem Jahreshaushalt ein „Budget“, die freie Wohlfahrtspflege definierte sich zur „Sozialwirtschaft“ um; Studieren soll seit „Bologna“ vor allem schneller gehen, Studierende sollen zielstrebig zu einstellbaren Arbeitskräften werden; Hochschulen, Fakultäten wie Professor_innen werden beurteilt, gerankt und entsprechend bezahlt – je nach Höhe ihrer Drittmittelakquise und ihrer Publikationen.

Nur: So richtig die kritische Analyse solcher Entwicklungen ist, so falsch kann die Rede, zum Beispiel von einer durchgehenden „Ökonomisierung“ der Sozialen Arbeit, ja „des Sozialen“ insgesamt auch sein – und zwar aus zwei Gründen.

Erstens gerät mit der Rede von der „Ökonomisierung“ diese allzu leicht zu einem „Containerbegriff“, wie es der Schweizer Kollege Edgar Forster (2010, S. 11) kürzlich formuliert hat. Damit verliert der Begriff seine analytische Kraft. Denn die Behauptung einer generellen „Ökonomisierung“ unterstellt allzu leicht, dass dieser Prozess ein einheitliches, nämlich nicht-ökonomisiertes Feld der Sozialen Arbeit trifft, und daher „von außen“ auf den sozialen Bereich einwirkt: Das Ökonomische kommt, so die Idee, von „der Betriebswirtschaft“, aus dem Feld der Ökonomie „in“ die Soziale Arbeit. Soziale Arbeit fühlt sich dementsprechend „kolonialisiert“ – und so liest sich die Kritik einer Ökonomisierung auch sehr häufig als Klage eines Betroffenen. Doch davon kann ja keineswegs durchweg die Rede sein. Die Einführung und Etablierung von Benchmarking-Systemen, der marktförmige Umbau der Trägerstrukturen, das Outsourcing von Organisationseinheiten, die Employability-Orientierung in den Curricula der Studiengänge – all dies ist von den Akteur_innen in den Einrichtungen, in den Fachverbänden, in den Hochschulen selbst mit durchgesetzt worden. Nennen wir es ruhig beim Namen: Von vielen von uns, die wir hier sitzen und „die“ Ökonomisierung kritisieren, sind diese Dinge teilweise mit etabliert worden. Daher werden wir erst dann, wenn wir diese Verstrickungen mit in den Blick nehmen, auch sehen, wo wir alternativ ansetzen können.

Zweitens macht die Rede von der „Ökonomisierung“ gerne übersehen, dass wir es keineswegs mit einheitlichen Prozessen zu tun haben – ganz im Gegenteil. Doch die heterogenen und widersprüchlichen Realitäten geraten

aus dem Blick, wenn alles pauschal und ohne genaue Analysen unter „Ökonomisierung“ subsumiert wird. Denn gerade für die Frage nach Alternativen sind die Praktiken von Interesse, wo Fachkräfte, Studiengangsleitungen, Selbsthilfeorganisationen oder Leitungskräfte von Trägern und Kommunalpolitiker_innen versuchen, Dinge zu unterlaufen, auf dem kleinen Dienstweg Vorgaben zu umgehen oder neue zu schaffen, andere Strukturen zu implementieren.

Müssen wir daher nicht fragen, ob mit der generalistischen Rede von der „Ökonomisierung Sozialer Arbeit“ manches Mal die kritisierte Entwicklung eher noch verstärkt wird – oder zumindest mit legitimiert wird, weil ihr erst die Einheitlichkeit zugeschrieben wird, die sie real gar nicht hat? Und übersehen wir dann nicht allzu leicht, dass die Durchsetzung der, sehr Wohl und mit guten Gründen kritisierbaren Entwicklungen, wie der Kommerzialisierungs- oder Privatisierungsprozesse, selbst das Ergebnis politischer Auseinandersetzungen darstellen?

Und schließlich: Handelt es sich bei der Rede von der Ökonomisierung nicht um eine Engführung des Begriffs des Ökonomischen? Denn auch kritische Positionen setzen „Ökonomie“ häufig in Eins mit dem heutigen Format kapitalistischer Marktwirtschaft. Doch dieser Finanzmarktkapitalismus ist ein ganz spezifisches Modell der Ökonomie, ist das Ergebnis der weitgehenden Dominanz einer spezifischen Lesart von Ökonomie. Doch die Sorge um das Ganze, die Frage der vernünftigen Haushaltung, das meint „Ökonomie“ ja erst einmal – und diese Sorge, diese vernünftige Planung und Organisation kann statt auf Renditen auch auf das allgemeine Wohl bezogen werden, sich an Gebrauchswerten zu orientieren suchen, ökologische und soziale Folgekosten als solche einbeziehen. Auch dann haben wir es mit Formen der Ökonomie zu tun.

Zudem: Ist die einfache Gegenüberstellung von Ökonomie und Sozialem nicht unzureichend, und die einheitliche Beschreibung eines Ökonomisierungsprozesses ebenso – analytisch wie politisch? Denn die wohlfahrtsstaatliche Formation des Sozialen ebenso wie die inzwischen entstandenen neo-sozialen Formationen verweisen ja gerade auf bestimmte (kapitalistische) Ordnungen des Ökonomischen. Und gilt es nicht diese, wie wir eben zu zeigen versuchten, zu hinterfragen, auf ihre Selbstverständlichkeit hin zu problematisieren, als gültige Ordnung zu unterbrechen?

Eine Chance dafür bietet sicherlich die aktuelle „Euro-Krise“. Hier wird wieder sichtbar, dass es um politische Auseinandersetzungen geht, und nicht um ökonomische Sachzwänge. Denn die Befürworter_innen einer weiteren marktförmigen Justierung von Arbeit und Alltag positionieren sich erkennbar – indem sie auf die weitere Gewährleistung einer internationalen und europäischen Strukturanpassungspolitik pochen. Doch zugleich werden aktuell auch Oppositionen neu sichtbar. So machen die sozialen Kämpfe in Griechenland, Portugal, Spanien oder 2011 in London darauf aufmerksam, was mit der vorherrschenden Politik verbunden ist: die dramatische Vertiefung

von Klassendifferenzen, die Ausschließung ganzer Bevölkerungsgruppen von der Möglichkeit einer eigenständigen Existenzsicherung – die Umgehung parlamentarischer Entscheidungswege statt der Stärkung demokratischer Entscheidungsprozesse auf europäischer Ebene; die Anfeuerung von Chauvinismen und Rassismen, mit denen sich Flüchtlinge, Migrantinnen, Roma wie ganze Bevölkerungen konfrontiert sehen – denken Sie nur an die Rede von den „faulen Griechen“. Es ist dies eine grundlegende politische Auseinandersetzung, wie der Verweisungszusammenhang von Sozialem und Ökonomie in Zukunft aussehen soll. Was das mit Sozialer Arbeit zu tun hat? Diese gegenwärtigen Entwicklungen, diese Auseinandersetzungen definieren Rahmenbedingungen, den Kontext, in dem sich Soziale Arbeit bewegt, ja bewegen muss. Es geht nicht zuletzt darum, ob sich die unzureichenden Sachzwangargumente mit Verweis auf eine angebliche Sicherung des europäischen Wohlstandsmodells durchsetzen können, mit denen massive Kürzungen zum Beispiel im Sozial- und Gesundheitsbereich – Stichwort Schuldenbremse – oder die Ausdehnung der Niedriglohnpolitik gerechtfertigt werden.

6. Unsichtbarkeit und Entsolidarisierung

Die Begleitmusik zur Veränderung der bisherigen wohlfahrtsstaatlichen Politik, die wir nun schon seit Ende der 1990er Jahre beobachten, ist die massive Abwertung der AdressatInnen Sozialer Arbeit und des Sozialen. Arme werden nachhaltig verächtlich gemacht, z.B. als unwillig, faul, integrationsverweigernd – erinnern wir uns nur an die diffamierende Rede von angeblichen „Sozialschmarotzern“, die „unseren“ Reichtum verfrühstücken (Ex- Minister Clement, SPD), von Mitgliedern einer so genannten „neuen Unterschicht“, die ihre Kinder verwahrlosen lassen und das Straßenbild der Städte verschandeln. Deutlich wird hier: Der hohe Stellenwert von individuellem und materiellem Erfolg, der Vorrang der (kapitalistisch geprägten) Ökonomie ist mit einem Statusverlust derjenigen verbunden, die nicht zu den Profiteuren gehören, und mit einem „Ausstattungsverlust“ in den Unterstützungs- und Versorgungssystemen für diese Gesellschaftsmitglieder.

Soziale Arbeit kann – auch wenn sie sich auf die Suche nach Alternativen macht, sich also in diesem Sinne der Politik vergewissert und zuwendet – mit all ihrer Wissenschaftlichkeit, Professionalisierung, Ausweitung nicht kompensieren, was diese Verachtung der Adressat_innen und die Abwertung des Sozialen ihr an Ansehen, Ressourcen und Spielräumen raubt. Das ist nun allerdings kein Argument für Resignation, sondern *für* öffentliche Einmischungen, organisierte Interessenspolitik, ...

Die damit markierten Entwicklungen möchten wir exemplarisch an der Bedeutung der Sichtbarkeit von Not, von Abweichung, von Hilfebedürftigkeit und der Regulierung und den Konsequenzen dieser Sichtbarkeit verdeutlichen.

Im Kontext des globalisierten Kapitalismus werden Städte heute nicht mehr als Gemeinwesen, sondern als Unternehmen oder „Standorte“ bezeichnet und registriert. Auch hier gilt: Früher war nun keineswegs alles besser, aber es hat in den letzten Jahren eine deutlich stärkere Durchdringung aller städtischer Bereiche von Markt-, d.h. Profitlogiken gegeben. Städte vermarkten sich inzwischen über Werbeslogans und Logos. Bestimmte städtische Merkmale, in Hamburg z.B. die Lage am Fluss und einige städtische Areale, wie die Innenstadtquartiere St. Georg mit ihrer Infrastruktur wie Bahnhof, ihren Shoppingmeilen, Oper, Theater, Museen oder auch St. Pauli als Vergnügungsbezirk mit Rotlichtflair werden zu „Visitenkarten“ erklärt. Das bedeutet, dass sie baulich herausgeputzt werden und eine Atmosphäre geschaffen wird, die entspanntes Einkaufen und Genießen ermöglicht, für TouristInnen und Gutverdienende, um die Hamburg, wie viele Städte wirbt.

Diese Entwicklung vollzieht sich in Hamburg, um nochmals das hiesige Beispiels zu nutzen, seit Anfang/Mitte der 1980 er Jahre als der damalige Bürgermeister Klaus von Dohnanyi erstmals von der Stadt als Unternehmen sprach, als programmatisch Papiere auftauchten, in denen die Rede von „innenstadtuntypischen Bewohnern“ war oder das so genannte „Bettlerpapier“ der regierenden SPD von 1996. Dieses Papier wurde nach Protesten, nicht zuletzt aus der Sozialen Arbeit zwar zurückgezogen, war aber ein Meilenstein, dessen Geist und einzelne Maßnahmen das Zusammenleben in der Stadt und die Lebensbedingungen von besonders verletzlichen Gruppen beeinflussten. Im so genannten „Bettlerpapier“, das im Original „Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt“ hieß, wurden rechtliche Möglichkeiten dargelegt, wie „Bettler, Drogenabhängige und andere Randständige“ aus dem Stadtbild verdrängt werden können. Der SPD-Bürgermeister Voscherau machte daraus eine Grundsatzangelegenheit und teilte mit, er habe etwas dagegen, „dass Menschen, deren Verhaltensweisen sich deutlich außerhalb der Lebensweise normaler Mitteleuropäer bewegen, zum Maßstab aller gemacht werden.“² Der Wahlkampf wurde dementsprechend mit dem Slogan „Law and Order is a labour issue“ geführt. Explizit im Visier waren neben der so genannten „aggressiven Bettelei“ auch „ausländische Straftäter und Drogendealer“ sowie „wiederholt straffällig gewordene Jugendliche“. Und während im Januar 1997 noch 20% der Hamburger und Hamburgerinnen das Thema „innere Sicherheit“ für „besonders wichtig“ hielten, so waren es im Wahlmonat September zwischen 60 und 70 Prozent. Konzepte gesellschaftlicher Solidarität spielten im Wahlkampf hingegen keine Rolle. Und dies zieht sich bis heute durch.

Doch nicht nur in Hamburg werden Menschen, die zu den klassischen Zielgruppen Sozialer Arbeit gehören und/oder deren Verhalten nicht in die Vorstellungen bürgerlicher Normalität passt, wie eben Wohnungslose, Bettler, Suchtkranke, Punks oder Sexarbeiter_innen mit Platzverweisen überzogen, aus vergrößerten Sperrbezirken oder in Sonderzonen verwiesen und so-

2 Hamburger Abendblatt vom 21.10. 1996

mit aus dem öffentlichen Raum verdrängt. Sie werden damit unsichtbar gemacht. Sie sollen sich nur noch an speziellen Orten, wie Trinkerrhallen, aufhalten, so das aktuell favorisierte Konzept oder ihrer Arbeit als Prostituierte im Industriegebiet nachgehen, aber nicht mehr am Hauptbahnhof. Begleitet wird das von ihrem Labeling als „unwürdig“.

Was bedeutet es, wenn das, was genuin eine Konsequenz eines ungerechten Gesellschaftssystems ist, nicht mehr sichtbar ist? Führt die üble Nachrede zum Empathieverlust, so führt die Verdrängung von Armen, dass man ihnen nicht mehr begegnet und sie aus dem Bewusstsein verschwinden. Es wird ein falsches, beschönigendes Bild, ein unvollständiges Bild von Stadt und Gesellschaft vermittelt. Auch Soziale Arbeit wird so delegitimiert. Aus dem Vorwurf der Hamburger Bezirkspolitik, in St. Georg gäbe es nur „so viel“ Straßenprostitution, weil „so viele“ soziale Einrichtungen existierten, wird umgekehrt geschlossen, dass es bestimmte Formen Sozialer Arbeit nicht mehr geben muss, wie z.B. die Straßensozialarbeit, wenn die Leute als (potenzielle) NutzerInnen nicht mehr sichtbar sind,

Darum verwundert es auch nicht, wenn aktuelle Gegenwartsdiagnosen wie die aktuelle Studie im Rahmen der Langzeituntersuchung „Deutsche Zustände“ (Heitmeyer 2011) eine zunehmende Entsolidarisierung bzw. abnehmende Bereitschaft zur Unterstützung schwacher Gruppen als einen markanten Trend gerade auf Seiten der statushöheren Gruppen aufzeigen, die mit deren Stigmatisierung gerechtfertigt wird, wie zum Beispiel der Rede von den „faulen Arbeitslosen“.

Zugleich ist auch die Sichtbarkeit keine adäquate generelle Antwort auf diese Entwicklungen, das zeigen uns so unterschiedliche historische Beispiele, wie die Öffnung der Anstalten, die Konzepte zur sozialräumlichen Integration in Bezug auf Menschen mit Behinderung oder in jüngster Zeit die Präsenz des Themas Tafeln in den Medienzeigen können. Sichtbarkeit in Form von Öffnungen und öffentlichen Thematisierungen führen u.U. auch zu neuen Ausschlüssen, wenn die „sozialräumlich integrierten“ psychisch kranken und „verhaltensauffälligen“ Menschen sich nicht in der Weise in Nachbarschaften einpassen, wie die Nachbarn das wünschen, oder wenn Arme sich nicht an die Bedürfnisprüfung bei der Essensausgabe anpassen wollen.

Noch einige kurze Anmerkungen zu den beiden anderen Schwerpunkten:

7. In gesellschaftlichen Konflikten Position beziehen

Ein „Position beziehen“ Sozialer Arbeit ist nicht voraussetzungslos, sondern situiert, hängt ab von den vorherrschenden, den strukturellen Bedingungen. Es bedeutet für prekarierte Mittelbauer_innen an der Universität und abhängig Beschäftigte etwas deutlich anderes als für verbeamtete Professor_innen oder für das Leitungspersonal von großen Wohlfahrtsträgern, für Teilzeitbeschäftigte bei einem kleinen lokalen Träger oder für die „Hartz 4“-Empfänger_innen.

Dennoch gehen wir davon aus, dass Menschen sich aktiv verhalten (können) und niemals nur Effekte von Verhältnissen sind, sondern immer „versuchen sich zugleich in diese hinein und aus ihnen heraus zu arbeiten“ (Langemeyer 2002, S. XX). Und genau das macht Menschen auch zu politischen Wesen, die Fähigkeit zu handeln. Wie Hannah Arendt (1970, S. 81) einmal schrieb: Die Fähigkeit zu handeln befähigt den Menschen, „sich mit seinesgleichen zusammenzutun, gemeinsame Sache mit ihnen zu machen, sich Ziele zu setzen und Unternehmungen zu zuwenden, die ihm nie hätten in den Sinn kommen können, wäre ihm nicht diese Gabe zuteil geworden: etwas Neues zu beginnen.“ Der Begriff der „Handlungsfähigkeit“ (vgl. dazu Holzkamp 1995) verweist damit auf die Möglichkeit der Menschen, ihre Lebensbedingungen mit zu gestalten. Ihre Fähigkeit zur Selbstreflexion erlaubt es ihnen, Entscheidungen zu treffen und zwar immer in zwei mögliche Richtungen: entweder sich einzurichten im Gegebenen und dadurch die beschränkenden Bedingungen zu akzeptieren und ihre potenzielle Veränderbarkeit zu verneinen, oder aber nach Alternativen zu suchen, an diesen zu basteln, für diese zu streiten. Letzteres ist anspruchsvoll und voraussetzungsvoll, weil die gegebenen Verhältnisse in uns eingeschrieben sind – als Klassenposition, in Bezug auf unsere ethnische Zugehörigkeit bzw. Zuschreibung, in Bezug auf unsere Geschlechtszuordnung. Das ist zu berücksichtigen, auch um vor schnelle Überforderungen und Frustrationen zu vermeiden.

Wenn wir jedoch von einem Subjektbegriff ausgehen, der Menschen nicht als völlig unterworfen, nicht als reine „Reaktionsdeppen“ (von Trotha 1977), sondern auch als eigensinnige Akteur_innen begreift, wenn wir den unstillbaren Impuls, Dinge nicht einfach hinzunehmen und die Fähigkeit zur reflektierten Veränderungsarbeit bejahen – dann bedeutet das auch, dass die Akteur_innen der Sozialen Arbeit sich selbst nicht ausnehmen können aus dieser Position, Entscheidungen zu treffen, ob wir nur Bestehendes hinnehmen und bestätigen oder nach Alternativen suchen.

Dabei bleibt uns auch die Anstrengung nicht erspart, die eigenen Verstrickungen zu entdecken, statt sie abzuwehren. Gesellschaftliche Veränderungen gleich welcher Art sind nicht die Konsequenz unausweichlicher oder mystischer Prozesse – einer abstrakten Globalisierung oder eben Ökonomisierung. Vielmehr resultieren sie aus dem sich wiederholendem Handeln der jeweiligen Akteure: „A new configuration does not finally and fully emerge until it is formed in the minds and habits of those who work this system“ (Garland 2001, S. 25).

Um dem auf die Spur zu kommen, braucht es, so glauben wir, Prozesse der *sozialen* Selbstverständigung, den Austausch mit anderen. Ohne solche Räume, ein ernsthaftes Reden und Streiten miteinander, können wir weder diese Verstrickungen bearbeiten, noch Position beziehen noch Interessen stärken und durchsetzen, die aktuell verschattet und unterdrückt werden. Und unsere Hoffnung ist, dass dieser Bundeskongress einen Raum dafür anbieten kann.

Diese Verständigungsprozesse sind notwendig, um die eigenen bzw. gemeinsamen Handlungsvoraussetzungen zu erkennen und zu bewerten. Dazu brauchen wir die Fähigkeit der „Dezentrierung“, die Fähigkeit also, vom eigenen Standpunkt zu abstrahieren und die Perspektive des anderen zu verstehen. Das hört sich sinnvoll an. Jedoch neigen Wissenschaftler_innen wie Nicht-Wissenschaftler_innen dazu, die eigenen Position bis hin zum eigenen Welterklärungsmodell für die alleinig richtige und ‚normale‘ zu halten und alle Abweichungen davon als tendenziell falsch. Der Hauptmangel und die verbreitetste Ursache für Streit – bis hin zum Krieg – besteht u.E. darin, das andere „System,„ unter Zuhilfenahme des eigenen verstehen oder wenigstens beurteilen zu wollen: „So soll Habermas zu Luhmann gesagt haben: ‚Es ist alles falsch, was sie machen. Aber es hat Qualität‘ (zit. bei Holzer 1994). Den anderen zu verstehen, heißt daher auch, sich ihm bzw. seiner Art und Weise der Bedeutungszuweisung zu unterwerfen, also selbst ein anderer zu werden. Und wer will das schon?“ (Jäger 1996, o.S.).

Hier existiert noch viel Veränderungsbedarf, gerade auch mit Blick auf das dritte Schwerpunktthema.

8. Soziale Rechte verteidigen, Ausgrenzungen kritisieren, Gemeinsames stärken

Dies ist eine Bündnisaufgabe und nur in kooperativer Weise zu erreichen. Es geht darum, sich nicht gegeneinander aufzuspielen und auszuspielen, insbesondere das alte „Theorie gegen Praxis“- und „Praxis gegen Theorie“-Spiel nicht länger zu spielen. Ohne ein entschiedenes, zumindest punktuell gemeinsames Vorgehen in Bündnissen von Forschung, Lehre und Praxis Sozialer Arbeit ist nichts Substantielles zu erreichen. Angesichts der beschriebenen neo-liberalen und repressiven Tendenzen wäre es an der Zeit, dass die AkteurInnen Sozialer Arbeit sich stärker strategisch vernetzen, auch auf Kosten der einen oder anderen Publikation oder Überstunde im Betrieb. Und das hat trotzdem nicht unbedingt mit Mühsal und Verzicht zu tun: „Stellt euch nicht vor, man müsse traurig sein, um eine Kämpferin zu sein, selbst wenn die Sache, die man bekämpft verabscheuungswürdig ist. (...) Verwendet die politische Praxis als einen Intensifikator des Denkens und die Analyse als einen Multiplikator der interventionsformen und -bereiche der politischen Aktion“ (Foucault 2003/1977, S. 179f.).

Literatur

- Arendt, Hannah (1970): . Macht und Gewalt. München: Piper
 Forster, Edgar (2010): Kritik der Ökonomisierung. In: Widersprüche, 30. Jahrgang. Hefte 2, S. 9-23
 Foucault, Michel (2003/1977): Vorwort zu Deleuze, Gilles/Guattari, Félix: Anti-Oedipus. In: Dits et Ecrits 3. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 176-180

- Langemeyer, Ines (2002): Subjektivierung als Schauplatz neoliberaler Macht. In: Zeitschrift für Politische Psychologie. Heft 3+4, S. 361-375
- Lessenich, Stephan/Möhring-Hesse, Matthias (2005): Ein neues Leitbild für den Sozialstaat. Eine Expertise im Auftrag der Otto Brenner Stiftung (Auszüge). In: Lessenich, Stephan et al: Den Sozialstaat neu denken. Hamburg: VSA, S. 87-156
- Garland, David (2001): The Culture of Control. Chicago: University of Chicago Press
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2011): Deutsche Zustände. Folge 10. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Holzkamp, Klaus (1995): Alltägliche Lebensführung als subjektwissenschaftliches Grundkonzept. In: Das Argument, Heft 212, S. 817-846
- Klüsche, Wilhelm (Hrsg.) (1999): Ein Stück weitergedacht... Beiträge zur Theorie- und Wissenschaftsentwicklung der Sozialen Arbeit. Freiburg i. Br.: Lambertus
- Jäger, Siegfried (1996): Die Wirklichkeit ist diskursiv. Vortrag auf dem DISS-Sommer-Workshop, Lünen [Quelle: <https://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Wirklichkeit.htm>, 16.8.2012]
- Trotha, Trutz von (1977): Ethnomethodologie und abweichendes Verhalten. Anmerkungen zum Konzept des „Reaktionsdeppen“. In: Kriminologisches Journal 9, S. 98-115
- Vogel, Berthold (2004): Der Nachmittag des Wohlfahrtsstaats. Zur politischen Ordnung gesellschaftlicher Ungleichheit. In: Mittelweg 36, Heft 13. Jahrgang, Heft 4, S. 36-55

Soziale Arbeit – dringende Erinnerung an ihr emanzipatorisches Potential¹

Michael Winkler

Zur Eröffnung eines Kongresses sprechen zu sollen, sich dabei möglichst auf ein paar Minuten zu beschränken, sozusagen mehr ein Grußwort und Aufmunterung zu verkünden, dies verschafft eigentlich ziemlich gemischte Gefühle. Gewiss: solche Platzierung im Programm ehrt irgendwie. Aber zugleich drängt sich ein doppelter Verdacht auf. Einerseits liegt die Vermutung nahe, dass einem die Weisheit nicht zugetraut wird, die spätestens zum Abschlussvortrag gefordert wird. Andererseits spürt man Nähe zu den schmückenden Blumenarrangements, wie sie üblicherweise Kongresseröffnungen dekorieren, dann aber schleunigst weggetragen werden, wenn es ernst wird. Kurz und gut: man ahnt, dass in der Sache selbst von einem erst mal nichts mehr erwartet wird.

Es handelt sich also um eine ungemütliche Lage. Wie entkommt man ihr? Weil die Altersweisheit eben noch nicht zugestanden wird oder noch wirklich fehlt, bleibt nur die Flucht in die Regression, die Rückkehr zu dem, was als Tugend der Jugend gilt. *Man meckert*. Oder vorsichtiger formuliert: Man versucht eine Art Mängelrüge anzubringen.

Also: Was fehlt bei diesem Kongress, zumindest wenn man dem Programm und seinen Ankündigungen Glauben schenken darf? Oder mehr noch: Was fehlt in der Sozialen Arbeit, zumindest wenn man das Programm dieses Kongresses als ein wenig repräsentativ oder gar als symptomatisch für den Zustand der Profession und ihrer Disziplin ansehen kann und darf? Indes, abgesehen davon, dass man die Stimmung nicht verderben möchte: Fehlt überhaupt wirklich etwas? Auffällig ist zunächst einmal, dass der Gedanke an einen Mangel erst einmal gar nicht aufkommen will. Ganz im Gegenteil: Zumindest in seiner Programmatik strotzt dieser Kongress, strotzt offensichtlich die Soziale Arbeit von Selbstbewusstsein. Wenn vor einigen Jahren Hans Thiersch noch das *Jahrhundert der Sozialpädagogik* beschworen hat, damals nicht ganz frei von Beruhigungs- und Tröstungsabsicht, so hat man heute den Eindruck, nach knapp einem Jahrzehnt dürfe man schon das *sozialpädagogische Jahrtausend* ausrufen. Von der *Politik der Sozialen Arbeit* zu sprechen,

1 Leicht überarbeitete und ergänzte Fassung meines Vortrags zur Eröffnung des Bundeskongresses für Soziale Arbeit. Auf Literaturhinweise wurde verzichtet, allerdings sind nun im Text relevante und inspirierende Autoren ausdrücklich benannt oder wenigstens in den Fußnoten erwähnt.